

marburger echo



Zeitung der DKP Marburg

Ausgabe 2/2023 Deutsche Kommunistische Partei

MoVe 35 - Der Niedergang Marburgs?

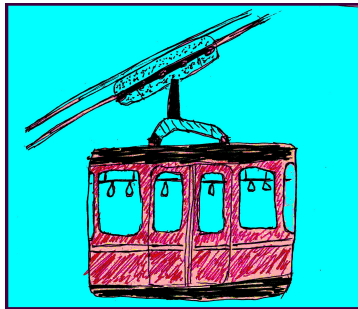
von Sara Müller, BI Verkehrswende

Der Niedergang Marburgs, das Aus für die Wirtschaft, der Eintritt in eine altersdiskriminierende Gesellschaft - so beschwören „Wirtschaftsvertreter“ und Kommunalpolitiker der CDU/FDP/BfM-Fraktion MoVe 35.

Die Arbeit an „MoVe 35“ begann im Herbst 2020 mit einer Ausschreibung für ein geeignetes Planungsbüro. Die Stadtverordnetenversammlung (StVV) hatte bereits im Juni 2019 den Klimanotstand ausgerufen und sich darauf verpflichtet, alle städtischen Aktivitäten im Einklang mit dem 1,5-Grad-Ziel bis 2030 zu bringen.

Zur MoVe35-Zielsetzung, die 2021 von der StVV beschlossen wurde, zählte unter anderem die Halbierung des Kfz-Verkehrs. Diese Kennzahl ist einer von FridaysForFuture (FfF) in Auftrag gegebenen Studie entnommen. Das renommierte und eher konservative "Wuppertal Institut" sieht für den Verkehrssektor eine Halbierung des Kfz-Verkehrs - und - in MoVe35 nicht enthalten - eine Reduktion des Kfz-Bestands auf ein [elektrifiziertes] Drittel - in Städten vor.

Seit Herbst 2021 durfte ich als Vertreterin der BI Verkehrswende in der „AG MoVe 35“ mitwirken. In acht Sitzungen verteilt über zweieinhalb Jahre diskutierten wir. Wünsche und Ängste wurden notiert und



teilweise in die Dokumente aufgenommen. Wie gegenwärtig im „Nachgespräch“ von MoVe35 hätte ich mir auch innerhalb der AG mehr Sachlichkeit gewünscht. Immerhin konnten wir den einen oder anderen Akzent setzen und führten, auch am Rande der AG, fruchtbare Gespräche mit uns [eher] oppositionellen Vertretern. Uns war es ein Anliegen, dass das Gespräch nicht abreißt.

Auf die oben zitierten Befürchtungen möchte ich kurz eingehen.

Niedergang Marburgs? - Jein, jede Veränderung richtet das Vergangene zugrunde, da etwas Neues entsteht.

Das Aus „der“ Wirtschaft? - Ein anderes Wirtschaften ist ohnehin sozial-ökologisch notwendig. Aktuell sind Zentralisierung und Onlinehandel die eigentlichen Bedrohungen des lokal-regionalen Markts.

Altersdiskriminierend? - Selbstredend haben wir im ausgehöhlten Kommunalwesen ein Problem der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit auch eines der Altenversor-

gung. Leider gilt: survival of the richest. Es darf nicht sein, dass nur derjenige selbstbestimmt leben kann, der sich ein Auto leisten und es noch fahren kann.

Von Klimazielen ganz abgesehen braucht es endlich eine Infrastruktur, die es Menschen ermöglicht, sich mit Verkehrsmitteln fortzubewegen, die Mensch und Natur wenig belasten. Besonders Kinder, die qua Alter vom eigenständigen Autofahren ausgeschlossen sind, brauchen mehr öffentlichen Raum für eine selbstbestimmte Mobilität und Entwicklung. In diesem Sinn sind wir von der BI Verkehrswende mit MoVe35 relativ zufrieden.

MoVe35 sieht eine Straßenraumgestaltung vor, die neben Bepflanzung und Mülleimern mehr Sitz- und Aufenthaltsgelegenheiten vorsieht. Der Raum soll zwischen den Verkehrsträgern neu aufgeteilt werden, sodass die Bedürfnisse der selbstbewegten Menschen Priorität gewinnen. Eine Förderung des Umweltverbundes Fuß, Rad und ÖPNV kann im engen Marburg in der Regel nur gelingen, wenn der individuelle KFZ-Verkehr Privilegien einbüßt. Für den Radverkehr sind die vorgesehenen Lückenschlüsse wichtig. Ein Radschnellweg wäre gut, das geplante breit-ausgebaute Netz ist viel wichtiger. Die Nahmobiliätsachse wird ein wichtiger Bestandteil zur Förderung des Fuß- und

Radverkehrs, wobei in der Detailplanung noch einige Schwierigkeiten beseitigt werden müssen.

Wir begrüßen, dass dem ÖPNV eine tragende Rolle zugeschrieben wird. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs soll konsequent verfolgt werden. Wir wissen, dass dies wegen Fahrpersonalmangels schwierig ist. Neben Werbung für den Beruf des Busfahrers braucht es bessere Arbeitsbedingungen und einen höheren Lohn.

Unseres Erachtens wären mutigere Schritte angebracht: Seilbahnen statt Oberleitungsbusse. Auf die Lahnberge könnte eine Seilbahn mehr als 2500 Personen pro Richtung und Stunde befördern, dies entspräche 12,5 Bussen in einem 4,5-Minuten-Takt pro Stunde. Busse und Busfahrer bräuchten wir dann eher zur Stärkung anderer Linien. Eine Nord-Süd-Seilbahn von Wehrda nach Cappel und eine Bedienung der Pharmastandorte stellen aus unserer Sicht weitere interessante Routen dar.

MoVe35 erhebt nicht den Anspruch, alle Probleme zu lösen. Es gibt über MoVe35 hinaus noch viel Handlungsbedarf auf dem Weg zu einem gerechteren Marburg. Dafür ist etwa ein begleitender Stadtentwicklungsplan nötig. Als Rahmenkonzept für das Verkehrswesen weist MoVe35 aber in die richtige Richtung.

Das Lenin-Zitat

«Niemand ist schuld daran, daß er als Sklave geboren wurde; aber ein Sklave, dem nicht nur alle Freiheitsbestrebungen fremd sind, sondern der seine Sklaverei noch rechtfertigt und beschönigt [der beispielsweise die Erdrosselung Polens, der Ukraine usw. als „Vaterlandsverteidigung“ der Großrussen bezeichnet] - ein solcher Sklave ist ein Lump und ein Schuft, der ein berechtigtes Gefühl der Empörung, der Verachtung und des Ekels hervorruft.»

Aus: «Über den Nationalstolz der Großrussen», Lenin Werke, Band 21, Dietz-Verlag Berlin, 1977. S. 91

Im Übrigen ...*

von Christian Mark

"... bin ich der Meinung, dass dieser Staat zerstört werden muss!"

Rosa Luxemburg sagte dies (in Abwandlung eines Zitates von Cato dem Älteren) vor 125 Jahren auf dem Parteitag der SPD. Sie bezog sich nicht auf die BRD, diese konnte sie nicht gemeint haben. Die BRD wurde 1949 gegründet. Sie meinte das bis auf die Zähne hochgerüstete deutsche Kaiserreich. Sie warnte vor der Katastrophe eines Weltkrieges, der bekanntlich 1914, also 16 Jahre später, begann.

2023 haben wir einen deutschen Staat, der zumindest formal sowohl Rechtsstaat als auch (bürgerliche) Demokratie ist. Jeder fortschrittliche Mensch wird diese beiden Errungenschaften verteidigen (und natürlich auch verbessern) wollen. Verteidigen gegen wen? Gegen den obersten Repräsentanten der BRD zum Beispiel. F.-W. Steinmeier, amtierender Bundespräsident, unterzeichnete als Außenminister das "Übereinkommen über Streumunition", das vom Bundestag ratifiziert wurde und am 1. August 2010 in Kraft trat.

Es besagt, dass die BRD sogenannte Streumunition weder besitzen, noch einsetzen, noch die Nutzung ermöglichen darf.

Streumunition besteht aus vielen Explosivkörpern, von denen nach dem Abfeuern bis zu 20% nicht explodieren und nach Jahrzehnten noch die örtliche Bevölkerung gefährden. Tod und Verstümmelung sind etwa in Laos, Kambodscha und Vietnam bis heute die schrecklichen Folgen.

Als Bundespräsident äußerte sich Steinmeier kürzlich, man solle den USA keine Hindernisse in den Weg legen, wenn sie Streumunition in die Ukraine schicken wollen. Wer schützt den Rechtsstaat vor seinem obersten Repräsentanten?

NOT MY PRESIDENT!



Schluss mit dem Krieg!



von Dirk Thielicke

Für die Menschen in der Ukraine ist der Krieg, der dort stattfindet, eine Katastrophe. Wer fliehen muss und kann, verlässt das Land.

Russland behauptet, die Politik der Ukraine und der NATO bedrohe seine Sicherheit, die es jetzt mit militärischen Mitteln verteidigen müsse.

Die ukrainische Regierung erklärt, sie verteidige die Freiheit und Demokratie anderer europäischer Länder. Dass Russland weitere europäische Länder überfallen würde, ist eine durch nichts belegbare Unterstellung. Die USA und die NATO unterstützen die Ukraine durch massive Waffenlieferungen. Sie sehen sich in einem Systemkonflikt und bezeichnen auch China als Gegner.

Die Vereinigten Staaten von Amerika profitieren durch den Verkauf von Fracking-Gas und Rüstungsgütern auch ökonomisch von diesem Krieg. Zu den Profiteuren gehören die Rüstungsindustrien - auch und in hohem Maße Deutschlands. Opfer dieses Kriegs sind die Zivilbevölkerung der Ukraine, die Geflüchteten und die mehrheitlich wehrpflichtigen russischen und ukrainischen Soldaten. Die Interessen dieser Menschen finden in einem solchen grauenhaften, unmenschlichem, ständig weiter eskalierenden Krieg - wie in den meisten anderen

Kriegen auch - nicht ihren Niederschlag. Sie leiden völlig sinnlos ausschließlich für die Interessen ihrer Regierungen und des Kapitals. Auf beiden Seiten sollen schon 200.000 Soldaten gefallen sein. Eine Parteinahme für eines der beiden kriegführenden Länder und deren Unterstützer außerhalb verbietet sich von daher vollkommen. Die einzige sinnvolle Forderung kann nur lauten:

Die Waffen nieder! Schluss mit diesem Gemetzel - sofort!

Zum 20. Todestag

DIE HYDRA

Peter Hacks, 1928 - 2003

Der Trick, der mit den Köpfen, der ist gut. Je mehr du abhaust, desto mehr entspringen, Wo einer schon genügt, dich zu verschlingen. Von Schlappe schwillt zu Schlappe ihr der Mut.

Das findet Zulauf, dehnt sich, zischt und bellt, Das knospt und sprießt in unbegrenzter Reihe. Für einen toten Dummkopf treten zweie. So steht sie längst als Gleichnis für die Welt.

Zwei sagenhaften Männern fiel das Amt, Sie zu erlegen, zu, ungleichen Brüdern, Gleich schnaufend jetzt, gleich blutig, gleich verschlammt. Es ist ein alter Ärger mit den Hydren. Obsiegen aber wird der Heldenzwilling. Das ist mein Wahrspruch. Sei er selffulfilling.



Wenn der Steuerregen abrupt endet

Ein Einbruch um die Hälfte der zu erwartenden Steuereinnahmen wird befürchtet.

Aus einem 40 Millionen Euro Überschuss wird ein 100 Millionen Euro Defizit – und dennoch lässt sich Oberbürgermeister und Kämmerer der Stadt Marburg, Thomas Spies, für sein „umsichtiges Haushalten“ feiern, indem er auf die Rücklagen der Stadt verweist. Dabei verschweigt er Entscheidendes, etwa die Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes, ein Ergebnis gezielter Erpressung der Stadt Marburg durch das Pharma-Unternehmen BionTech.

Ist eine Rückkehr zum vorherigen Hebesatz geplant? – Fehlanzeige! Was bleibt, ist eine Absenkung der Gewerbesteuererinnahmen. Das bedeutet fehlende Einnahmen für Marburgs Bewohner und Steuergeschenke an börsenorientierte Unternehmen. Wie alle Kommunen ist Marburg auf die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle angewiesen. Es finanziert damit Ausgaben für Schulen, Kinderbetreuung, öffentlichen Nahverkehr, Freizeitflächen oder freiwillige Leistungen und soziale Dienste. Jede Kommune kann den Hebesatz für die Gewerbesteuer selbst festlegen. Er muss mindestens bei 200 Prozent liegen. In den großen Kommunen und kreisfreien Städten liegt der durchschnittliche Hebesatz nach Angaben des Deutschen Städtetags bei 449 Prozent. Durch das Marburger „Steuerdumping“ mittels Absenkung des Gewerbesteuerhebesatz auf 357 Punkte drohen der Stadt weitere finanzielle Ausfälle. Hier greift bereits eine gesetzliche Regelung des Landes Hessen, wonach Städte, welche unter der 400 Punkte-Hebesatzmarke bleiben, weniger finanzielle Zuwendung über die Landesumlage erhalten. Zudem ist es auch noch unsolidarisch, wenn man den Gewerbesteuerhebesatz auf Kosten umliegender Gemeinden reduziert.

Damit bewahrheitet sich schneller als angenommen: Man zockt nicht mit Unternehmen im Casino am Roulette-Tisch! Denn auch das ist Teil der Wahrheit: Aufgrund der vielen Millionen zusätzlicher Einnahmen der letzten paar Monate hat man einen Anlagefond ins Leben gerufen, anstatt die Gelder nachhaltig und vorausschauend in Marburgs Infrastruktur, Schulen und Kitas, bezahlbares Wohnen, Klimaschutz und vieles mehr „anzulegen“.

Tanja Bauder-Wöhr



Festival der Jugend 2023 in Köln



Drei Tage lang waren 3000 junge Kommunisten, Arbeiterjugendliche und internationale Gäste im Jugendpark in Köln versammelt. Es war das größte Festival der Jugend seit der Konterrevolution [“Wende“], eines der größten kostenfreien Festivals in der Bundesrepublik und einer der besten Beweise dafür, dass es möglich ist, die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik für ihre eigene Sache zu organisieren. Ein großes Festival zu organisieren, Musiker zu buchen und Zelte zu füllen, das ist das eine. Dafür braucht es keine kommunistische Bewegung, zur Not geht das auch, indem man einen Haufen Geld in die Hand nimmt. Gewinn lässt sich dann auch damit machen. Die ganze Sache aber selbst zu organisieren, mit Veranstaltungen, die einen im Klassenkampf unterstützen, statt davon abzulenken,

mit Regeln, die dem Zweck der Veranstaltung und nicht dem Gewinn aus der Veranstaltung dienen, das ist das andere. Was die revolutionäre Arbeiterbewegung von anderen Bewegungen und Parteien in diesem Land grundsätzlich unterscheidet, ist, dass sie eine andere Gesellschaft aufbauen und die alte revolutionär beseitigen will. Früher hieß es: Eigene Schule, eigene Konsumvereine, eigene Freizeitzentren. Kein Ausharren im Kapitalismus, sondern überall, wo es geht, bereits das Neue errichten. Davon blieb nach der Wende leider wenig übrig.

Das Festival der Jugend ist zwar [noch] keine Arbeiter-Uni. Aber es ist ein Anfang.

SDAJ Marburg

Nachhaltige Bodenentwicklung kann nicht unendliches Wachstum für Gewerbe bedeuten!

Bekanntlich verdankt Marburg seine ausgeglichenen Haushalte den konstanten, manchmal überbordenden, Gewerbesteuererinnahmen der ansässigen Pharmaunternehmen. Die Entwicklung des Gewerbestandorts Görzhausen/Michelbach war spätestens mit dem Verkauf der restlichen Flächen an BionTech abgeschlossen. Doch plötzlich werden Rufe laut, man bräuchte noch mehr Flächen, noch mehr Forschung in diesem sicherlich relevanten gesundheitlichen Bereich. Andererseits: Weitere Flächenausweitung durch Gewerbe bedeutet weitere Einschnitte im Bereich Klimaschutz.

Die Stadt Marburg hat 2019 den Klimanotstand ausgerufen. Wir erleben zwischenzeitlich die klimatischen Folgen hautnah. Ernert sei an Starkregenereignisse oder Hitzesommer. Darunter leiden nicht nur Pflanzen und Tiere sondern auch der Mensch. Es kann also kein ungebremstes Wachstum für die Pharmakonzerne geben. Die ökologischen Folgen sind klar: Weitere Flächenversiegelung und Bebauung bedeuten weitere Einschnitte in die Kaltluftversorgung, noch mehr Entnahme von Trinkwasser, Wegfall von wertvollen Grünflächen – dadurch weniger Wasseraufnahme durch den Boden, der Grundwasserspiegel sinkt, mehr Insektensterben, etc. Zudem hätte eine Erweiterung natürlich auch zur Folge, dass neue Verkehrswege und mehr Anlieferverkehr entstehen, bei einer ohnehin schon völlig überlasteten Verkehrssituation – man mag es sich kaum vorstellen.

Es würden schließlich neue Arbeitsplätze entstehen, was einen Zuzug von Menschen nach Marburg oder in unmittelbare Nachbarschaft zu Folge hätte. Es müssten weitere infrastrukturelle Angebote geschaffen werden: Neuer Wohnraum, Ausbau von KiTa-Plätzen, Schulerweiterungen usw. Marburg und sein Umland sind eine schöne und lebenswerte Gegend. Die Menschen bringen sich mit viel Engagement, Charme und Witz ein. Greifen wir ihre Anliegen sorgfältig auf. Bürgerbeteiligung wächst immer gemeinschaftlich von unten, sie lässt sich nicht von oben darüberstülpen. Wir wollen ein gedeihliches Miteinander im Einklang mit der Natur. Deshalb keine Nachverdichtung und keinen weiteren Ausbau des Pharmastandorts. Keine weiteren Lärm- und Schadstoffemissionen, sondern Schutzmaßnahmen für das Trinkwasser und das Mikroklima. Das sind wir nicht zu letzt unserer Gesundheit schuldig.

Tanja Bauder-Wöhr



Musik der Sowjetunion (1) "Firyuza"



Die UdSSR war zu ihrer Zeit das größte Land der Welt mit einer immensen Vielfalt an Völkern, Sprachen und Kulturen. Die Sowjetische Kunst- und Kulturlandschaft war gleichermaßen anregend wie identitätsstiftend für noch die entferntesten Randgebiete. Man hatte hinreichend Potential, um als Vorbild für alle Vielvölkerstaaten der damaligen Welt zu gelten. Die Musik ist der Mischling unter den Künsten schlechthin. Sie ist ihre Natur nach auf Völkerverständigung ausgerichtet. Als leuchtendes Beispiel kann die turkmenische Jazzrock-Band "Firyuza" mit ihrem gleichnamigen Album aus dem Jahr 1979 gelten. Firyuza nannte sich nach einem Städtchen in der Nähe der turkmenischen Hauptstadt Aschgabat, unweit der Grenze zu Iran. Unter der künstlerischen Leitung von Dmitry Sablin, Klavier und Keyboards, gewann Firyuza den 1. Preis des "6. Allunions-Wettbewerbs für

Unterhaltungsmusik" in Leningrad. So hatten sie das Privileg, bei Melodia, der Sowjetischen Schallplattenfirma, ihr Album herauszubringen. Auf dem Albumcover tragen die sieben Musiker den Telpek, die traditionelle turkmenische Pelzmütze. Dies kann als Symbol für ihre Musik gelten: Hochmoderner Jazzrock wird mit im Jazz gebräuchlichen Instrumenten gespielt, die aber oft wie traditionelle turkmenische Instrumente klingen. Das Album wurde nicht mehr neu aufgelegt. Die wenigen noch existierenden Exemplare werden für Preise um die 500€ gehandelt. Schade. Aaaaaber: Es gibt ja youtube, wo man das Album ganz legal anhören kann. Link: <https://youtu.be/gRm96SAz8zc>

Hinter dem 1. Stück des Albums verbirgt sich die Komposition des brasilianischen Bossa-Nova-Komponisten Antonio Carlos Jobim, die durch das Santana-Album "Caravansera" bekannt geworden ist. Wie heißt diese Komposition im Original? Die ersten 10 Leserinnen oder Leser, die die Frage richtig beantworten, bekommen vom marburger echo eine CD mit Musik aus Kuba zugesandt. Sendet eure Antwort an: vdkpmr@e.email

Christian Mark

Vom Halbgott in Weiß zum Arbeiter?

[Fortsetzung aus der ME 1/2023]

Vor Risiken und Nebenwirkungen der elektronischen Gesundheitsakte (ePa) warnen nicht nur Arzt und Apotheker. Warum?

- Weil ihre Gesundheitsdaten dauerhaft auf zentralen Servern privater Firmen landen und auch das „sicherste“ Rechenzentrum nicht dauerhaft vor Hackerangriffen oder Datenlecks geschützt werden kann.
- Weil zentral gespeicherte Daten Begehrlichkeiten bei Arbeitgebern, Versicherungen, Behörden und Kriminellen wecken. Die Zugriffsrechte können jederzeit per Gesetz geändert werden.
- Weil Daten, die einmal im Internet einsehbar sind, nie wieder kontrolliert gelöscht werden können.
- Weil die Vernetzungstechnik jetzt schon oftmals die Arztpraxen lahmlegt und zusätzlich durch Softwarefehler oder Angriffe von außen lahmgelegt werden kann.
- Weil die technische Ausstattung bereits böse Löcher in die Gesundheitsetats gerissen hat.
- Weil sie im Notfall nicht schnell genug verfügbar ist.
- Weil Forschung dadurch nicht besser wird.

Ab 2024 soll die ePa großflächig eingeführt werden. Wir Betroffenen haben ein Widerspruchsrecht, wir können bei unseren Krankenkassen fordern, dass sie keine ePa für uns anlegen. Das müssen wir auch tun,- sonst wird die ePa nach dem jetzigen Stand einfach angelegt (opt- out Verfahren). Die DKP Marburg rät: Schützen Sie ihre Daten, widersprechen Sie der ePa bei ihrer Krankenkasse.

Claudia Reimer



Neue Ausgabe



Impressum

Homepage: marburg.dkp.de

Facebook:
facebook.com/dkp.marburg

Instagram:
instagram.com/dkpmarburg